

Titel:

Rechte der Natur und Tiere als Rechtssubjekt

Antragstellend: Bundesvorstand

Antragstext:

Der 46. Bundesparteitag der PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ möge beschließen, folgende Absätze dem Punkt 1. Tierschutz- und Tierrechtspolitik im Grundsatzprogramm als Punkt 1.14 Rechte der Natur und Tiere als Rechtssubjekt hinzuzufügen.

1.14 Rechte der Natur und Tiere als Rechtssubjekt

Weltweit nimmt die Zahl der Vorschriften und Gesetze zum Schutz der Natur und der Tiere zu. Auch in Deutschland. Dennoch verschlechtern sich Natur, Lebensbedingungen für Tiere und Ökosysteme rapide. Weltweit sind eine Million Pflanzen- und Tierarten vom Aussterben bedroht. Die PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ möchte dem unzureichenden Tier- und Naturschutz in Deutschland ein Ende setzen, indem sie der Natur und den Tieren grundlegende Rechte als Rechtssubjekt einräumt. Dadurch soll die Natur vor schädlichen menschlichen Aktivitäten, wie Umweltverschmutzung, Raubbau an natürlichen Ressourcen und Zerstörung von Ökosystemen geschützt werden. Des Weiteren erhoffen wir uns, dass die Anerkennung der Rechte der Natur und Tiere als Rechtssubjekt zu einer Bewusstseinsbildung beiträgt und einen Wertewandel in Bezug auf die Beziehung zwischen Mensch, Tier, Natur und unsere empfindlichen Ökosysteme, als Lebensraum und Lebensgrundlage aller Lebewesen fördert.

Natur:

Ohne Natur gibt es keine saubere Luft, kein Wasser und keine Nahrung. Keine der bestehenden Naturschutzbestimmungen scheint jedoch die Natur für heutige und zukünftige Generationen ausreichend zu schützen. Und es ist an der Tagesordnung, dass sich auf die Einhaltung dieser Vorschriften nicht verlassen werden kann. Oftmals müssen Naturschutzverbände von ihrem Klagerecht Gebrauch machen, um die Berücksichtigung von Vorgaben durchzusetzen. Wenn Grundrechte für die Natur anerkannt werden, müssen die Interessen der Natur aus einer ganz anderen Perspektive berücksichtigt werden. Die Natur nur zu schützen und im Zweifel der Interessensabwägung Schäden hinzunehmen, wäre dann keine Option mehr, da sie über eigenständige Rechte verfügt, die mit weitaus mehr Konsequenzen vor Gericht geltend gemacht werden können, sofern sie nicht eingehalten werden. Durch die Anerkennung der Rechte der Natur als Rechtssubjekt wird die Möglichkeit geschaffen, dass Menschen und Organisationen im Namen der Natur auftreten und ihre Interessen vor Gericht vertreten können. Dies stärkt die Position der Natur und ermöglicht eine wirksamere Vertretung ihrer Belange. Die PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ möchte eine Naturkonsultation für die Rechte der Natur im Grundgesetz etablieren. Hierfür sollen Rechtswissenschaftler:innen,

Wissenschaftler:innen, Naturverbände und Bürger:innen in einen Dialog treten. Weltweit gibt es inzwischen über 400 Initiativen, die Naturrechte in der lokalen und nationalen Gesetzgebung anerkennen. Das erste Land der Welt, das Naturrechte in seiner Verfassung verankert hat, war Ecuador. In Europa gibt es verschiedene Initiativen, die prüfen, wie Rechte für die Natur im (Verfassungs-)Recht verankert werden sollten.

Tiere:

In unseren Gesetzesbüchern sind Tiere zwar per se keine Sache mehr, dennoch werden sie in der Konsequenz als solche behandelt.

Die Einführung der Gesetzessammlung zum Tierschutzrecht (TierSchR, Beck-Texte, 3. Auflage, 2014)) stellt fest: „Das Tierschutzgesetz (Nr. 1) als die zentrale Vorschrift des Tierschutzrechts setzt pragmatisch die faktisch vorhandene weit reichende Nutzung von Tieren durch den Menschen voraus; es statuiert kein eigenes Recht der Tiere, (...)“

Und diese vorausgesetzte Nutzung führt zu großen Leiden der Tiere, da deren Interessen stets in der Abwägung zur Nutzung durch den Menschen steht.

Das für unsere Erde notwendige Gleichgewicht und die, für Tiere nötige, Anerkennung als fühlende Lebewesen mit ausgestatteten Grundrechten, sollte sich in unseren Gesetzen widerspiegeln.

Im Grundgesetz verankerte Rechte sichern den Tieren die notwendigen Grundlagen zu, um der Interessenabwägung durch den Menschen zu entgehen. Denn nur so kann wirklich sichergestellt werden, dass den Tieren keine Schmerzen und Leiden mehr zugefügt werden, da unabhängig der Gründe, die dafür evtl. bestehen würden, ihnen keine solchen mehr zugefügt werden dürfen.

Begründung:

Die Anerkennung der Rechte der Natur als Rechtssubjekt ist wichtig aus mehreren Gründen:

Schutz der Umwelt: Die Anerkennung der Rechte der Natur als Rechtssubjekt bedeutet, dass die natürliche Umwelt rechtlichen Schutz erhält. Dies ermöglicht es, die Natur vor schädlichen menschlichen Aktivitäten, wie Umweltverschmutzung, Raubbau an natürlichen Ressourcen und Zerstörung von Ökosystemen, zu schützen. Es eröffnet die Möglichkeit, die Natur als eigenständiges Rechtssubjekt zu betrachten, das Anspruch auf Schutz und Erhaltung hat.

Interessenvertretung: Durch die Anerkennung der Rechte der Natur als Rechtssubjekt wird die Möglichkeit geschaffen, dass Menschen und Organisationen im Namen der Natur auftreten und ihre Interessen vor Gericht vertreten können. Dies stärkt die Position der Natur und ermöglicht eine wirksamere Vertretung ihrer Belange.

Bewusstseinsbildung und Wertewandel: Die Anerkennung der Rechte der Natur als Rechtssubjekt trägt zu einer Bewusstseinsbildung bei und fördert einen Wertewandel in Bezug auf die Beziehung zwischen Mensch und Natur. Sie unterstreicht die Bedeutung der Natur als eigenständiges und schützenswertes Wesen und fördert ein Verständnis für die wechselseitigen Abhängigkeiten und Interaktionen zwischen Menschen und der natürlichen Umwelt.

Nachhaltigkeit und langfristige Perspektive: Die Anerkennung der Rechte der Natur als Rechtssubjekt lenkt die Aufmerksamkeit auf die langfristige Nachhaltigkeit und den Schutz der Ökosysteme. Es fördert die Idee, dass die Natur nicht nur als Ressource für die menschliche Nutzung betrachtet werden sollte, sondern auch ein eigenständiges Recht auf Existenz und Integrität hat. Dadurch können langfristige Überlegungen in Entscheidungsprozesse einfließen und eine nachhaltigere Entwicklung gefördert werden.

Die Anerkennung der Rechte der Natur als Rechtssubjekt ist daher ein wichtiger Schritt, um die Wertschätzung, den Schutz und die Erhaltung der natürlichen Umwelt zu fördern und eine nachhaltige und ausgewogene Beziehung zwischen Mensch und Natur zu schaffen. (Verfasst von <https://chat.openai.com>) Dieses Thema gewinnt immer mehr an Bedeutung und es sollte uns als PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ ein Anliegen sein dies auf politischer Ebene zu vertreten. Wähler*innen könnten uns zu diesem Thema auch besonders hohe Kompetenzen zusprechen, was uns in Umfragen und bei Wahlen einen Vorteil verschaffen könnte.

Die Notwendigkeit der Schaffung von subjektiven Rechten wurde ausführlicher dargelegt sowie gesonderte Teile für Natur und Tiere erstellt. Die Erläuterung der rechtlichen Hintergründe wurden angepasst und die Vorteile für Natur- und Tierschutz deutlicher erklärt.



Paula López Vicente 11889
Bundesvorsitzende



Dr. Marcel Krohn 11552
Bundesvorsitzender



Robert Gabel 10188
Bundesvorsitzender